

Haushaltsvorschläge 2005

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz		Veränderung	
		bisher in €	neu in €	+ € (Mehreinnahme / Minderausgabe)	- € (Mehrausgabe / Mindereinnahme)
neue Haushaltsstelle im Dez. 01, Fachamt 01	Partizipationsformen Kinder- und Jugendparlament	0,-	450,-		- 450,-
1.486070.000.577700 (Seite 3.02.63)	Partizipationsformen Kinder- und Jugendparlament	450,-	0,-	450,-	
<p><u>Begründung:</u> Das Kinder- und Jugendparlament sollte unmittelbar dem Bürgermeister zugeordnet werden. Entsprechend den Ausgaben für Ratsangelegenheiten sollten demnach auch die Aufwendungen für das KiJuPa im Dezernat 01 geführt werden.</p>					
neue Haushaltsstelle im Dez. 01, Fachamt 01	Konzept: e-government	0,-	10.000,-		10.000,-
<p><u>Begründung:</u> Mit dem Bürgerinformationssystem, dem Ratsinformationssystem und dem Fraktionsinformationssystem wurden erste Plattformen geschaffen, die Bürgern und Politik effizient Dienstleistungen mit Hilfe der neuen Medien anbietet. Leider wurden die Plattformen nebeneinander aufgebaut und sind nur schlecht in ein einheitliches System integriert. Im Bürgerinformationssystem werden viele Informationen vorgehalten, diese sind aber nur schwer auffindbar. Weitere Plattformen werden in Zukunft folgen (vorstellbar ist zum Beispiel ein Träger- und Beteiligungsserver in der Bauleitplanung). Andere Städte haben daher ein mehrstufiges Ausbaukonzept zur Entwicklung digitaler Dienstleistungen erarbeitet (z.B. Stadt Erlangen), so dass gewährleistet ist, dass ein schlüssiges, auf einander abgestimmtes Endprodukt entsteht. Durch effizientere Organisations- und Arbeitsstrukturen durch den Einsatz moderner Medien können sich die Investitionen amortisieren.</p>					

Haushaltsvorschläge 2005

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz		Veränderung	
		bisher in €	neu in €	+ € (Mehreinnahme / Minderausgabe)	- € (Mehrausgabe / Mindereinnahme)
1.48100.000.243000 (Seite 3.02.31)	Kostenbeteiligung Unterhaltspflichtiger	175.560,-	200.000,-	24.440,-	
neue Haushaltsstelle Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	Erfolgsorientierte Vergütung von Dritten bei der Bearbeitung von Kostenbeteiligungen Unterhaltspflichtiger	0,-	15.000,-		- 15.000,-
<p><u>Begründung:</u> Die Verlagerung der Aufgaben nach dem UVG zum Sozialamt hat nicht zu der erwarteten Verbesserung bei der Vereinnahmung der Kostenbeteiligungen Unterhaltspflichtiger geführt. Inzwischen haben sich hohe Arbeitsrückstände aufgestaut, wodurch eine optimierte Bearbeitung der Fälle zusätzlich erschwert wird. Entgegen der wiederholten Falschaussagen des Ersten Beigeordneten, können Kommunen bei der Bearbeitung der Fälle auf externe Unterstützungen – beispielsweise durch ein Inkasso-Büro – zurückgreifen. Wir haben die Erwartung, dass durch eine gemeinsame Bearbeitung durch Verwaltung und Dritte die Rückholquote von derzeit rund 11 % deutlich auf gut 20 % gesteigert werden kann. An der Einnahmeverbesserung sollen die beteiligten Dritten erfolgsorientiert partizipieren.</p>					

Haushaltsvorschläge 2005

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz		Veränderung	
		bisher in €	neu in €	+ € (Mehreinnahme / Minderausgabe)	- € (Mehrausgabe / Mindereinnahme)
neue Haushaltsstelle im Dez. 01, Fachamt 51	Förderung des Ausbaus von Kinderbetreuungsangeboten	0,-	100.000,-		- 100.000,-
<p><u>Begründung:</u> Die Stadt Gladbeck hat bereits früh begonnen, Kinderbetreuungsangebote auszubauen und attraktive Angebote für Familien vorzuhalten. Die „Investitionen in unsere Kinder“ soll auch im laufenden Jahr engagiert fortgeführt werden. Deswegen sind finanzielle Anreize zum Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten bei den städtischen und freien Träger, aber auch bei der Wirtschaft zu schaffen. Gerade Müttern sollte durch attraktive Betreuungsangebote die Möglichkeit geschaffen werden, Beruf und Familie zu vereinbaren. Ggf. kann durch die schnelle Rückkehr von Müttern in die Erwerbsarbeit - soweit gewünscht – die Stadt von Sozialleistungen entlastet werden. Mit den Mitteln soll daher weitere Dynamik in den Ausbau von Betreuungsangeboten gebracht werden.</p>					

Haushaltsvorschläge 2005

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz		Veränderung	
		bisher in €	neu in €	+ € (Mehreinnahme / Minderausgabe)	- € (Mehrausgabe / Mindereinnahme)
1.68000.000.113000 (Seite 3.03.14)	Parkgebühren	360.000,-	380.000,-	+20.000,-	
neue Haushaltsstelle	Marketingmaßnahmen Innenstadt / Gladbeck	0,-	20.000,-		- 20.000,-
<p><u>Begründung:</u> Seit Reduzierung der Bewirtschaftungszeiten von 18:00 auf 17:00 Uhr hat sich der Parksuchverkehr im öffentlichen Straßenraum der City erhöht, während die weiterhin bewirtschafteten Parkhäuser (Karstadt, Citycenter etc.) deutliche Kapazitätsreserven aufweisen. Das Ziel, den Besuchern der Innenstadt attraktiven Parkraum vorzuhalten, wurde verfehlt. Das Parkplatzangebot wird ineffizient genutzt und der Umschlag wurde reduziert. Dies trägt nicht zur Belebung unserer Innenstadt bei, kann im Gegenteil eher zur Verärgerung der parkplatzsuchenden Kunden führen. Die Mehreinnahmen sollen in Absprache mit der Kaufmannschaft, der Werbegemeinschaft und anderen Akteuren für gezielte Marketingmaßnahmen der Innenstadt bzw. von Gladbeck genutzt werden.</p>					

Haushaltsvorschläge 2005

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ansatz		Veränderung	
		bisher in €	neu in €	+ € (Mehreinnahme / Minderausgabe)	- € (Mehrausgabe / Mindereinnahme)
Vermögenshaushalt	Feuerwehrgerätehaus Brauck	850.000,-	Sperrvermerk HFA		
	<p><u>Begründung:</u> In den vergangenen Monaten wurde mehrfach die Notwendigkeit von interkommunaler Zusammenarbeit unterstrichen. Der aktuell vorliegende Brandschutzbedarfsplan macht deutlich, dass die rechtzeitige Nachführung der erforderlichen ehrenamtlichen Kräfte einen zusätzlichen Feuerwehrgerätehaus-Stützpunkt für die südliche Stadtteile erfordern. Gleichzeitig darf man aber die vorhandenen Strukturen nicht hinter den Stadtgrenzen ausblenden. Zurecht führt der Brandschutzbedarfsplan daher auch die Rettungswache / das Gerätehaus in Gelsenkirchen-Horst auf. Neben der Option eines Neubaus ist auch die Möglichkeit einer interkommunalen Zusammenarbeit, der Einmietung und/oder Ergänzung des vorhandenen Stützpunktes in Horst zu prüfen. Erst danach ggf. Mittelfreigabe durch HFA.</p>				
Stellenplan	3 Stellen Ordnungsdienst		Keine Einrichtung		
	<p><u>Begründung:</u> Reiner Aktionismus – in Gladbeck gibt es dafür keinen Bedarf.</p>				
Stellenplan	Stadtsporthlehrer		Aufhebung des KW-Vermerks		